

Joop van den Berg

### Rote Beschützer der Oranier: Sozialdemokratische Ministerpräsidenten und die Monarchie\*

**A**LS VORSITZENDER einer Parteikommission, die vor einigen Jahren einen Bericht über die Monarchie schreiben sollte, schlug ich vor, folgenden Passus in das Dokument aufzunehmen: »Das rote Herz ist republikanisch; aber der Kopf erkennt die historische und gesellschaftliche Bedeutung der Monarchie in der niederländischen Demokratie, denn sie ist in der Lage, Menschen über die Grenzen von Partei, Klasse, Religion und ethnischer Herkunft hinweg zu verbinden und so die niederländische Bevölkerung nach innen und nach außen zu repräsentieren.« Dies erschien mir als ein Satz, der die historische Gemütsverfassung der niederländischen Sozialdemokratie gegenüber König und Königshaus recht gut beschreibt und damit Funktionäre und Mitglieder der Partei weiterhin vereinen könnte. Die Kommission hielt dies für eine schöne Zusammenfassung der in Parteikreisen bestehenden Haltungen – auch wenn einige wenige beichteten, dass bei ihnen in erster Linie der Verstand republikanisch sei, das Herz aber, und sei es nur insgeheim, königstreu. Die Führung der *Partij van de Arbeid* (PvdA) fand den Satz dann offenbar auch treffend, sie hatte auf jeden Fall keine Einwände gegen ihn. Dies wäre auch eine Überraschung gewesen, da sowohl die Parteivorsitzende Lilianne Ploumen als auch der Fraktionsvorsitzende Job Cohen der mit der Erstellung des Berichts betrauten Kommission angehört hatten.

Dennoch schaffte es der Passus letztlich nicht in den Bericht: Die PvdA-Fraktion in der Zweiten Kammer lehnte ihn, in Abwesenheit Cohens, ab. Die Begründung lautete aber nicht, dass er dem Text eine zu monarchistische Prägung verliehen hätte, sondern man hielt die Formulierung für zu altmodisch republikanisch und zu romantisch. Das »rote Herz«, wenn es noch da war, erwies sich demnach als überhaupt nicht republikanisch. Dieses Bild bestätigte sich nach der Veröffentlichung des Berichts auf der Website der Partei.<sup>1</sup> Zu Unrecht hatte ich dort massenhaft republikanische Kritik erwartet. Soweit es jedoch überhaupt kritische Kommentare gab, hatten diese eher zum Inhalt, dass jegliche kritische Evaluation der Monarchie

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

1 Die Publikation mit dem Titel *Verbindend Koningschap in de Republiek. Advies van de commissie ad hoc "Actualisatie toekomst Koningshuis" van de Partij van de Arbeid* (Amsterdam 2011) ist im Internet unter [http://www.pvda.nl/data/sitemanagement/media/PvdA\\_vandenBerg\\_Advies-Commissie-Koninklijk-Huis.pdf](http://www.pvda.nl/data/sitemanagement/media/PvdA_vandenBerg_Advies-Commissie-Koninklijk-Huis.pdf) einzusehen.

als schädlicher Angriff auf diese zu betrachten sei. »Können wir die Königin jetzt nicht auch mal in Ruhe lassen?«, so der Tenor. Ob diejenigen, die auf der Website reagierten (und dort in den meisten Fällen nicht ihren Namen nannten), zur treuen Anhängerschaft der PvdA gehörten, ließ sich natürlich nicht feststellen.

Trotzdem blieben die Vorgänge eine eigenartige Erfahrung. Ihren Anfang nahm diese bei der Konfrontation mit den Parlamentariern, die schon bei ein wenig romantischer Rhetorik nervös wurden. Dabei wurde alles, was im Bericht über die bindende Kraft der Monarchie gesagt wurde, so unterschrieben und blieb auch im Text stehen. Vielleicht hatte der Nachfolger Ploumens, Hans Spekman, doch recht: Viele Parteimitglieder, bis hin zu den Fraktionsmitgliedern in der Zweiten Kammer, können doch ein wenig ideologische Schulung gebrauchen.

### *Das schwierige Verhältnis der Sozialdemokraten zur Monarchie*

Es ist wichtig festzuhalten, dass die *Partij van de Arbeid*, die 1946 aus einer Fusion zwischen den Sozialdemokraten der Vorkriegszeit, linken Liberalen und progressiven Christen hervorging, von Anfang an keine republikanische Partei war und der Republik auch in ihren Grundsatzprogrammen lange Zeit keinen Vorzug einräumte.<sup>2</sup> Schon in der *Sociaal-Democratische Arbeiders Partij* (SDAP), der stärker marxistisch orientierten Vorgängerpartei, hätte es um die republikanische Gesinnung besser bestellt sein können. Im politischen Programm von 1895, das dem Erfurter Programm der SPD entlehnt war, sowie in jenem von 1912 wurde kein Wort über Monarchie oder Republik verloren. In einem neuen Grundsatzprogramm von 1937, in dem sich viele Gedanken des belgischen »Plansozialismus« wiederfanden, war von der niederländischen Nation als einer »historischen Schicksalsgemeinschaft« die Rede, womit das Haus Oranien und die Monarchie in die Sozialdemokratie eingeschmuggelt wurden.<sup>3</sup>

Ab dieser Zeit nahmen die sozialdemokratischen Mitglieder der beiden Parlamentskammern, die bis dahin die jährliche Eröffnung des parlamentarischen Jahres (am sogenannten *Prinsjesdag*) durch die Königin systematisch gemieden hatten, an diesen Feierlichkeiten teil. Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms von 1937 führte ferner zur Annahme von königlichen Auszeichnungen, was zuvor als eine unzulässige Ehrenbezeugung gegenüber dem Haus Oranien betrachtet worden war.

Das Grundsatzprogramm von 1937 akzeptierte die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat sowie die Grundrechte als für die Sozialdemokratie wesentlich

2 Die Übersicht über die Grundsatzprogramme basiert auf: B. TROMP, *Het sociaal-democratische programma. De beginselprogramma's van SDB, SDAP en PvdA, 1878–1977. Een onderzoek naar de ontwikkeling van een politieke stroming*, Leiden 2002. Aus dieser Publikation wurden auch die im Folgenden angeführten Zitate entnommen.

3 Vgl. P.J. KNEGTMAANS, *Socialisme en democratie. De SDAP tussen klasse en natie (1929–1939)*, Amsterdam 1989, S. 181–215.

und nicht nur als Instrumente zum Erreichen sozialer Gerechtigkeit. Dann konnte man die Monarchie – als Ausdruck politischer Normalität – wohl mit in Kauf nehmen. Mit viel Sympathie war dies nicht verbunden. Zugleich, und darum ging es, konnte man sich auf diese Weise grundsätzlich von nichtdemokratischen Bewegungen wie Faschismus und Kommunismus distanzieren, die sich in Europa wie eine ansteckende Krankheit ausgebreitet hatten.

Als sich nach dem Ende der deutschen Besatzung die neue *Partij van de Arbeid*, jetzt nach dem Vorbild der britischen *Labour Party* benannt, in eine breite, progressive Volkspartei zu transformieren versuchte, war für republikanische Prinzipien und Vorlieben kein Platz mehr. Dies hatten wichtige Sozialdemokraten der Vorkriegszeit, wie Marinus van der Goes van Naters (1900–2005) und Willem Drees (1886–1988), bereits antizipiert. Van der Goes hatte sich bereits in seiner Dissertation mit dem Titel *De leiding van den staat* (Die Führung des Staates) für die konstitutionelle Monarchie ausgesprochen.<sup>4</sup> In seiner während der deutschen Besatzung entstandenen Schrift *Op de kentering* (Umbruch) hatte Drees das Gleiche getan.<sup>5</sup> Vor allem die deutsche Besatzung hatte auch die Sozialdemokratie zum Haus Oranien getrieben, weil sich die Bevölkerung dank der ständigen Widerstandsaufrufe Königin Wilhelminas (1880–1962) aus ihrem Londoner Exil um dieses Haus vereint hatte. Es war somit kein Wunder, dass die Grundsatzprogramme von 1947 und 1959 die konstitutionelle Monarchie formal als Bestandteil der niederländischen Demokratie anerkannten.

Im Entwurf des Grundsatzprogramms, das 1977 auf dem Parteikongress der PvdA vorgestellt wurde, kam die konstitutionelle Monarchie überhaupt nicht vor. So »links« sich die Partei in jenen Jahren auch gerne präsentierte, an der Monarchie verbrannte sich die Parteiführung auch in diesen radikalen Jahren lieber nicht die Finger. In dieser Hinsicht hatte man die Rechnung jedoch ohne den Kongress gemacht. In einem Änderungsantrag wurde vorgeschlagen, man solle über die Erwünschtheit »eines parlamentarischen Systems mit einem gewählten Staatsoberhaupt (...)« sprechen. Der Änderungsantrag wurde auf dem dreitägigen Kongress (Donnerstag bis einschließlich Samstag) ausgerechnet am späten Freitagnachmittag besprochen – ein Zeitpunkt, der berühmt war wegen der rebellischen Launen, die sich dann immer wieder der sonst so folgsamen Delegierten bemächtigten. Die Parteiführung wehrte sich durch die Parteivorsitzende Ien van den Heuvel (1927–2010) mit einer Heftigkeit gegen die Annahme des Änderungsantrags, als gehe es um die Verstaatlichung aller Produktionsmittel. Aber davon wurde der Kongress nur noch störrischer, was zur Folge hatte, dass zum ersten – und bisher letzten – Mal in der Geschichte der niederländischen Sozialdemokratie auf einem Parteitag die Republik ausgerufen wurde.

4 Vgl. M. VAN DER GOES VAN NATERS, *De leiding van den staat*, Haarlem 1945, S. 76–82.

5 Vgl. W. DREES, *Op de kentering. Een sociaal-democratische visie op Nederland en de wereld na de bevrijding*, Neuauflage (hrsg. von H. DAALDER und J.H. GAEMERS), Amsterdam 1996, S. 98.

Das »Grundsatzmanifest« aus dem Jahr 2005, welches das Programm von 1977 ersetzte und immer noch gilt, postuliert ebenso fromm wie vage: »Alle politische Macht muss auf einem Mandat der Wähler basieren.«<sup>6</sup> Diese Formulierung kann als ein Plädoyer gegen die Erbmonarchie aufgefasst werden. Geht man jedoch davon aus, dass der König in der niederländischen Verfassung nicht (mehr) über politische Macht verfügt, dann betrifft dieser Satz die Monarchie überhaupt nicht.

Die vorgestellte Entwicklung zeigt in erster Linie, dass die Frage Monarchie oder Republik heikel ist, obwohl bei ihr weder Demokratie noch sozialer Rechtsstaat auf dem Spiel stehen. Intern ist sie heikel, weil seit jeher eine stattliche Zahl von Mitgliedern und Parteifunktionären wenig oder nichts mit der konstitutionellen Monarchie zu tun haben will. Diese Personen sehen sich als Anhänger der Republik – dem Staatssystem, das auf demokratischer Legitimation beruht und nicht auf erblich übertragbarer Macht. Die meisten Mitglieder, die das so sehen, wollen die Monarchie allerdings nicht in Frage stellen. Sie begreifen, dass diese in der Bevölkerung auf eine große Anhängerschaft zählen kann, zu der auch ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Wähler gehört. In Anbetracht dieser schwierigen Situation sprechen sie am liebsten so wenig wie möglich über die Frage der Staatsform.

Ein weiterer, noch wichtigerer Punkt kommt hinzu: Die meisten anderen Parteien in den Niederlanden treten gerne als Anhänger der Monarchie in Erscheinung und sind zuweilen sogar dazu bereit, der Monarchie Macht zuzubilligen, die diese staatsrechtlich weder hat noch haben soll. Wer sich in der Öffentlichkeit kritisch über König und Monarchie auslässt, kann mit einer heftigen Abwehrreaktion rechnen, evtl. sogar mit organisierter Hysterie in den konservativen Medien.<sup>7</sup> Welche Auswirkungen Kritik an der Monarchie auf die Wählerschaft hat, ist nicht ganz sicher, aber sehr wahrscheinlich wären die Reaktionen deutlich negativ.

Die Angst vor solchen Reaktionen geht zurück auf eine historische Periode, in der das Haus Oranien benutzt wurde, um das Volk am Ende des 19. Jahrhunderts in Zeiten zunehmender Zerrissenheit zu vereinen (s. hierzu den Aufsatz von Henk te Velde). Allerdings wurde das Volk in erster Linie gegen »die Roten«, gegen den in den Niederlanden aufkommenden Sozialismus, vereint. Der historische Höhepunkt wurde im November 1918 erreicht, als der sozialdemokratische Führer Pieter Jelles Troelstra (1860–1930) zur Revolution aufrief und die Regierung mit einigen Ordnungsmaßnahmen, aber auch, in Anwesenheit von Königin Wilhelmina,

6 Das am 29. Januar 2005 in Delft verabschiedete Programm kann im Internet unter [http://www.pvd.a.nl/data/catalog/13/1747/4/PvdA\\_PvdA\\_Beginselmanifest.pdf](http://www.pvd.a.nl/data/catalog/13/1747/4/PvdA_PvdA_Beginselmanifest.pdf) eingesehen werden. Zum Thema siehe auch: R. KOOLE, *Mensenwerk. Herinneringen van een partijvoorzitter, 2001–2007*, Amsterdam 2010, S. 324–330.

7 Das erfuhr auch – wie Lukas Burgering in seinem Beitrag zu diesem Jahrbuch verdeutlicht – der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Partei *Democraten66* (D66), Thom de Graaf, als er im Frühjahr 2000 in einem Interview mit dem Fernsehsender RTL 4 eine Modernisierung der Monarchie vorschlug. Vgl. J. HOEDEMAN/R. MEIJER, *Willem IV. Van prins tot koning. De biografie*, Amsterdam/Antwerpen 2010.

mit einer riesigen orangistischen Demonstration in Den Haag, »zurückschlug«. <sup>8</sup> Seit diesem Vorfall sind die niederländischen Sozialdemokraten äußerst vorsichtig geworden, wenn es um das Haus Oranien geht. Umgekehrt haben viele Oranien-Vereinigungen in den Niederlanden (die in erster Linie für die Bekundungen der Treue gegenüber dem Haus Oranien – besonders am Königinnentag bzw. jetzt dem Königstag – verantwortlich sind) immer die Neigung gehabt, der PvdA und ihren Anführern zu misstrauen. Die mit dem Thema verbundenen Emotionen haben in der Bevölkerung inzwischen stark an Bedeutung verloren, und es ist durchaus die Frage, ob sich heute noch gegen die PvdA oder andere möglicherweise republikanische Gruppen irgendeine »Oranienraserei« mobilisieren ließe. <sup>9</sup> Die PvdA will jedoch dieses Risiko nicht eingehen.

Vor diesem Hintergrund ist die paradoxe Situation entstanden, dass die Haltung der heutigen *Partij van de Arbeid*, insbesondere ihrer Führungspersonen, ziemlich genau mit jener der niederländischen Liberalen in der Mitte des 19. Jahrhunderts übereinstimmt. Auch denen traute die konservative Mehrheit inner- und außerhalb des Parlaments nicht vollständig. Doktrinäre Liberale wie Johan Rudolf Thorbecke (1798–1872) wurden sogar für heimliche Anhänger der Republik gehalten. Sowohl doktrinäre als auch pragmatische Liberale unterhielten ganz bewusst eine sachliche Beziehung zur konstitutionellen Monarchie. Sie befürworteten die unverletzliche Monarchie als einen vitalen Bestandteil der parlamentarischen Konstitution, aber deren Unterstützung war in ihren Augen eine Frage der Rationalität. Der liberale Minister Dirk Donker Curtius (1792–1864) wurde 1848 von König Wilhelm II. (1792–1849) gefragt, ob er sich als ein Freund des Hauses Oranien betrachte. Donker empfand diese Frage als unpassend: Die Organisation des Staates war seiner Überzeugung nach keine Frage der Zuneigung, sondern der Rationalität. Seine politischen Gesinnungsgenossen teilten diese Überzeugung. <sup>10</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die Liberalen ihren dominanten Platz in der niederländischen Politik zu verlieren begannen und die Konkurrenz christlicher Strömungen und des aufkommenden Sozialismus erleben mussten, sahen sie in der entstehenden gesellschaftlichen Zersplitterung im zunehmenden Maße eine Gefahr. Der Verlust an nationaler Einheit musste in ihren Augen dadurch

<sup>8</sup> Vgl. hierzu: H.J. SCHEFFER, *November 1918. Journaal van een revolutie die niet doorging*, Amsterdam 1968.

<sup>9</sup> Kritik am Monarchen oder an der Monarchie hat noch immer einen negativen Effekt auf die Ergebnisse von Meinungsumfragen. Das haben unter anderem Pim Fortuyn (im Jahr 2002) und Geert Wilders (im Jahr 2011) erleben müssen und deshalb ihre Haltungen gegenüber dem Königshaus angepasst. Wilders Partei, die *Partij voor de Vrijheid* (PVV), hat 2011 dem Staatsrat mehrere Vorschläge zur Prüfung vorgelegt, die darauf abzielten, die konstitutionelle Position der Monarchie zu verändern. Anschließend sollten diese im Parlament behandelt werden. Dieses Vorhaben verlief jedoch im Sande.

<sup>10</sup> Vgl. O. PÉRIER, *Dirk Donker Curtius Ministre d'État Néerlandais*, La Haye/Bruxelles 1876; J.T.H.J. VAN DEN BERG/J.J. VIS, *De eerste honderdvijftig jaar. Parlementaire geschiedenis van Nederland, 1796–1946*, Amsterdam 2013, S. 313–346.

kompensiert werden, dass man die Monarchie als vereinigenden Faktor in den Mittelpunkt stellte und die rationale Zustimmung zur Verfassung durch eine emotionale Verbindung zum Königshaus ergänzte.<sup>11</sup>

Im heutigen niederländischen Liberalismus findet sich die Bevorzugung der Rationalität bei der eher linken D66 wieder, aber heimlich auch bei einigen jüngeren Vertretern der konservativeren *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD). Insgesamt gesehen überwiegt dort und bei konservativen Strömungen jedoch immer noch die (emotionale) Treue gegenüber dem Haus Oranien, mehr noch als gegenüber dem Amt des Königs. Das Haus teilt ja noch mehr als das Amt seine Geschichte mit der der Niederlande, im Guten wie im Schlechten.

In der *Partij van de Arbeid* überwiegt die rationale Bevorzugung einer konstitutionellen Monarchie, die Haltung ist loyal aber zugleich distanziert. Das Verhältnis zum Haus Oranien ist geprägt von nur geringer Zuneigung – auf der Grundlage eines scharfen Blicks für Platz und Funktion der konstitutionellen Monarchie sind die Sozialdemokraten jedoch durchaus bereit, die Monarchie zu beschützen, wenn dies unvermeidlich ist. Es ist dieses sachliche Verhältnis zu König und Monarchie, das insbesondere die Haltung der drei sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit – Willem Drees, Joop den Uyl (1919–1987) und Wim Kok – charakterisiert hat. Merkwürdig daran ist, dass die seit 1945 amtierenden Königinnen – Wilhelmina, Juliana (1909–2004) und Beatrix – sich ausgerechnet bei diesen »kühlen Liebhabern« am wohlsten gefühlt haben, wie im Nachfolgenden erläutert werden wird. Mehr noch: Die Monarchie geriet während der Amtszeiten aller drei sozialdemokratischen Premiers unter Druck, und es waren gerade die »roten Ministerpräsidenten«, die in den schwersten Krisen die Monarchie am besten zu schützen verstanden: gegen Angriffe von außen, aber mehr als einmal auch vor sich selbst.

### *Die riskanteste Periode: 1944/1945*

Die riskanteste Periode für die Beziehung zwischen Königin und Ministerpräsident vor dem Hintergrund der Wiederherstellung und Erhaltung der parlamentarischen Demokratie war die um die Jahreswende 1944/45. Königin Wilhelmina lebte, zusammen mit ihren Ministern, in London im Exil, aber die Beziehungen zwischen ihr und ihren Ministern waren praktisch implodiert. Die Königin hatte ihre Hoffnung auf all diejenigen gesetzt, die von den Niederlanden aus nach England ins Exil gegangen waren und die für die Demokratie der Vorkriegszeit wenig übrig hatten. Das Land müsse, so die Meinung dieser »Englandfahrer«, radikal erneuert werden. Die Königin glaubte aufrichtig, dass dies im besetzten Vaterland auch wirklich gewollt war (s. den Beitrag von Jan Bank).

11 Vgl. H. TE VELDE, *Gemeenschapszin en plichtsbefef. Liberalisme en nationalisme in Nederland, 1870–1918*, Den Haag 1992, S. 121–161.

Die Königin wollte eine mächtige Rolle in den befreiten Niederlanden erlangen, mit den Ministern wieder buchstäblich als ihren Dienern und einem Parlament ohne Parteienstreit im Hintergrund. Sie verhinderte daher jeglichen Versuch, Maßnahmen für die Wiederherstellung demokratischer Institutionen nach der Rückkehr der Regierung in die Niederlande zu treffen. Ohne ein Parlament als effektiven Widerpart konnte sie sich dies auch erlauben.<sup>12</sup>

Vielleicht noch ernster war, dass sie ihren Schwiegersohn, Prinz Bernhard (1911–2004), als ersten militärischen Oberbefehlshaber der niederländischen Streitkräfte nach dem Krieg sah. Dieser sollte in diesem Amt lediglich dazu verpflichtet werden, sich der Königin selbst gegenüber zu verantworten. Weil niederländische Militärs sich hinter den Invasionstruppen von 1944 an den Kriegshandlungen der Alliierten beteiligen sollten, versuchte die Königin, Bernhards Ernennung zum Befehlshaber der niederländischen Truppen zu forcieren. Nach der Befreiung der Niederlande sollte er dann die Leitung über die gesamten niederländischen Streitkräfte erhalten.<sup>13</sup>

Wilhelminas fataler Plan – Bernhard besaß keinerlei militärische Führungserfahrung und hegte zudem in demokratischer Hinsicht äußerst zweifelhafte Auffassungen – misslang. Dies allerdings nicht, weil die Minister sie von ihm abbringen konnten. Sogar der Ministerpräsident im Exil, Pieter Sjoerds Gerbrandy (1885–1961), konnte sie nicht beeinflussen. Die Entscheidung wurde vom amerikanischen Oberbefehlshaber, General Dwight D. Eisenhower (1890–1969), getroffen, der von Wilhelminas Plan nichts hielt und ihn einfach vom Tisch wischte. Daraufhin wurde der Prinz dann eben zum (zukünftigen) Befehlshaber der »Inlandsstreitkräfte« bestimmt, einem noch nicht existierenden Ganzen aus einzelnen bewaffneten Widerstandsgruppen, die dazu würden vereinigt werden müssen. Interessant ist, dass sich Kronprinzessin Juliana, Bernhards Frau, zwischen 1940 und 1945 mit ihren Kindern in Kanada aufhielt und dort, in engem Kontakt mit den Vereinigten Staaten und insbesondere mit den befreundeten Roosevelts, die Demokratie gerade mehr denn je zu schätzen lernte. Das brachte Wilhelmina gelegentlich kritische Bemerkungen von ihrer Tochter ein, die in ihren Briefen an Wilhelmina zeigte, dass sie die Demokratie besser verstand. Die Briefe zeigen zudem, dass die Kronprinzessin gegenüber ihrer Mutter ein starkes, unabhängiges Urteilsvermögen entwickelt hatte.<sup>14</sup>

Die großen Risiken, die von Wilhelminas Planungen potenziell ausgingen, sind niemals Realität geworden, obwohl einige Politiker in den Niederlanden, allen

12 Vgl. L. DE JONG, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog. Deel 9: Londen*, Amsterdam 1979, S. 97–143, 1131–1211, 1266–1400; C. FASSEUR, *Wilhelmina, krijgshaftig in een vormeloze jas*, Amsterdam 2001, S. 279–492; M. VAN DER KAAIJ, *Een eenzaam staatsman. Dirk de Geer (1870–1960)*, Hilversum 2012, S. 323–355.

13 Vgl. hierzu vor allem: A. VAN DER ZIJL, *Bernhard. Een verborgen geschiedenis*, Amsterdam/Antwerpen 2011, S. 301–380. Die Vorgänge behandelt auch: FASSEUR (wie Anm. 12), S. 495–567.

14 Vgl. J. WITHUIS, *Juliana's vergeten oorlog*, Amsterdam 2014.

voran Willem Drees und sein politischer Bündnispartner Willem Schermerhorn (1894–1977), wohl auf sie vorbereitet waren und sich auch ernsthafte Sorgen über sie machten. In dem kritischen Augenblick der Rückkehr zeigte sich jedoch, dass all diese interessanten und ergebenden »Englandfahrer« mehr Interesse an ihrer eigenen Zukunft hatten als an der Unterstützung Wilhelminas und ihres Amtes in den Niederlanden. Anfang 1945 nach England gekommene niederländische Politiker konnten ihr, schon bevor eine neue Regierung in den befreiten Niederlanden ihr Amt antrat, klar machen, dass es zwar Raum für politische Erneuerung, nicht jedoch für ein königliches Regime gebe.

Prinz Bernhard zeigte nach der Rückkehr im Frühjahr 1945 sein wahres Gesicht. Er begann sogleich mit dem Aufbau eines überbordenden Militärapparats, wofür er ungefragt von Schloss *Het Loo* in Apeldoorn Besitz nahm, so dass zeitweise nicht einmal die Königin selbst dorthin konnte. Ohne Konsultation seiner Schwiegermutter steigerte sich Bernhard in seine »Befehlshaberschaft« hinein, die er für sein Leben gern in der »Rückeroberung« von Niederländisch-Ostindien demonstrieren wollte, das damals noch unter japanischer Besatzung stand. Das alles war für die Königin das Zeichen, zu den konstitutionellen Verhältnissen zurückzukehren, die auch vor 1940 gegolten hatten. Von der entstandenen Wirklichkeit war sie tief enttäuscht.<sup>15</sup>

Die Biographin Annejet van der Zijl beurteilte Prinz Bernhard rückblickend als zu oberflächlich und zu wenig kompetent für eine wirkliche politische oder militärische Führungsrolle, also als ungefährlich.<sup>16</sup> So sah es in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht jeder. Es gab genügend politische Figuren, die bereit waren, Prinz Bernhard als einen Schild zur Legitimation eventueller Putschpläne zu betrachten sowie auf jeden Fall als Schutzherrn aller, die sich für den Erhalt von Niederländisch-Ostindien einsetzten – und das waren in den ersten Jahren nach 1945 nicht wenige. Man durfte davon ausgehen, dass Bernhard sich gerne als ein solcher Schild benutzen lassen würde. Für Ministerpräsidenten wie Schermerhorn (Amtszeit 1945–1946) und Louis Beel (1902–1977, Amtszeit 1946–1948) galt es also, vorsichtig zu manövrieren.<sup>17</sup> Dies traf ab 1948/49 umso mehr auf Drees zu, der nicht nur mit den Streitkräften und dem Prinzen zu tun hatte, sondern auch mit Gegnern in seiner eigenen Koalition, wie dem katholischen Anführer Carl Romme (1896–1980) und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Beel, der als höchster niederländischer Repräsentant nach Indonesien gegangen war. Drees sollte es – auch später – nicht versäumen, seine Kritiker im eigenen politischen Kreis daran zu erinnern, dass er und die PvdA nicht ohne die *Katholieke Volkspartij* (KVP) regie-

15 Vgl. FASSEUR (wie Anm. 12), S. 535f; H. DAALDER, *Gedreven en behoedzaam. Willem Drees 1886–1988. De jaren 1940–1948*, Amsterdam 2003, S. 277–296.

16 Vgl. VAN DER ZIJL (wie Anm. 13), S. 351f.

17 Vgl. VAN DER ZIJL (wie Anm. 13), S. 349–355; F.J.F.M. DUYNSTEE/J. BOSMANS, *Parlementaire geschiedenis van Nederland na 1945. Het kabinet Schermerhorn-Drees, 24 juni 1945–3 juli 1946*, Assen/Amsterdam 1977, S. 14–47.



ren konnten, dass aber die KVP durchaus ohne Drees und die PvdA auskommen konnte. Die Furcht vor einem möglichen Staatsstreich in den Niederlanden hat sich ferner erst im Nachhinein als unbegründet erwiesen.<sup>18</sup> Einen Glücksfall gab es bei allem Unglück und Risiko, das zu dieser Zeit mit der Dekolonisation einherging: Nahezu zeitgleich mit dem Amtsantritt von Drees als Ministerpräsidenten begann im Jahr 1948 die Amtszeit der in demokratischer Hinsicht untadeligen Königin Juliana.

### *Der Streit um die Begnadigung eines Kriegsverbrechers*

So demokratisch sie auch war, hatte die neue Königin doch ihre eigenen Auffassungen, und diese bereiteten dem ebenso neuen Ministerpräsidenten gehöriges Kopfzerbrechen. Dabei hatte der Ministerpräsident in jenen Tagen noch nicht die zentrale Position im Umgang mit dem Königshaus, über die der Kabinettsführer heute verfügt. Dadurch konnten – auch losgelöst vom Ministerpräsidenten – Friktionen zwischen der Königin und verschiedenen Ministern entstehen. Zu Beginn der 1950er Jahre galt dies insbesondere für die Außenminister, aber auch mit dem Justizminister im ersten und zweiten Kabinett Drees, dem protestantischen Hendrik Mulderije (1896–1970), kam es zu Konflikten. Drees hatte in diesen Fällen eher die Neigung, die Königin in Schutz zu nehmen als seine Minister ihr gegenüber zu verteidigen.<sup>19</sup>

Ein besonderes Problem ergab sich bezüglich der Begnadigung der erst zu Beginn der 1950er Jahre endgültig verurteilten deutschen Kriegsverbrecher.<sup>20</sup> Verschiedene Minister hatten bereits eine wenig konsistente Begnadigungspolitik betrieben; des Weiteren gab es im Kabinett Uneinigkeit zwischen katholischen Ministern, die einer Begnadigung zugeneigt waren, und Kollegen anderer Parteien, die dazu nicht bereit waren. Nach und nach begannen auch die Standpunkte der Königin und der verantwortlichen Minister auseinander zu driften. Anfangs war Königin Juliana ebenso wie ihre Mutter bereit gewesen, Begnadigungsgesuche abzulehnen und so die Ausführung der Todesstrafe zu akzeptieren. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur Besetzung begann diese Bereitschaft zu schwinden. Nachdem schwere Kriegsverbrecher wie Ferdinand aus der Fünften (1909–1989) und Franz Fischer (1901–1989) bereits begnadigt worden waren – die Todesstrafe war in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt worden –, schlug Minister Mulderije vor, das Begnadigungsgesuch des letzten noch Übriggebliebenen, Willy

<sup>18</sup> Vgl. H. DAALDER/J. GAEMERS, *Premier en staatsman. Willem Drees 1886–1988. De jaren 1948–1988*, Amsterdam 2014, S. 36.

<sup>19</sup> Vgl. H. DAALDER, *Drees en Soestdijk. De zaak-Hofmans en andere crises, 1948–1958*, Amsterdam 2006, S. 52–57; W.H. WEENINK, *Bankier van de wereld, bouwver van Europa. Johan Willem Beyen, 1897–1976*, Amsterdam 2005, S. 364–391.

<sup>20</sup> Die Übersicht über die Begnadigung Lages ist entnommen aus: DAALDER (wie Anm. 19), S. 36–39.

Lages (1901–1971), aufgrund der Schwere seiner Verbrechen als Chef des deutschen Sicherheitsdiensts in Amsterdam abzulehnen. Die Königin weigerte sich, diesen Vorschlag zu unterzeichnen. Sie war dafür, auch ihn zu begnadigen. Als die Angelegenheit in den Ministerrat zurückkam, beschloss dieser jedoch einstimmig, bei seiner Ablehnung zu bleiben. Mulderije war bereit gewesen, als Minister zurückzutreten, aber davon hatte Drees ihn abgehalten. Kurz vor den Wahlen hatte er keinen Bedarf an kabinetsinternen Konflikten. Die Königin blieb jedoch bei ihrer Weigerung, woraufhin der Ministerpräsident die Frage zur Sprache brachte, ob dann das Kabinett, das ja einmütig gewesen sei, nicht zurücktreten müsse. Die Antwort Julianas lautete: »Aber Herr Drees, das ist doch überhaupt nicht nötig; dann gehe *ich* doch weg?« Das hielt der Ministerpräsident natürlich für ausgeschlossen.

Die Angelegenheit ruhte dann bis nach den Wahlen des Jahres 1952 und dem Austausch des protestantischen Justizministers Mulderije durch den Sozialdemokraten Leendert Donker (1899–1956). Dieser zeigte sich entgegen seiner eigenen Auffassung bereit, vor der Königin in die Knie zu gehen und eine Begnadigungsempfehlung einzureichen. Auch Drees akzeptierte diesen Ablauf der Dinge. Natürlich musste Donker noch das eine oder andere in der Zweiten Kammer erläutern, aber auch sie fand sich letztlich mit diesem Vorgehen ab.

»No separation and no abdication«: *Julianas Ehekrise*

Das Problem, das den Umgang zwischen einem Ministerpräsidenten (sowie anderen Ministern) und der Königin am stärksten und am längsten belastet hat, ist als die »Hofmans-Affäre« bekannt. Verschiedene Minister waren zwischen 1951 und 1956 hierin involviert. Es stellt sich im Übrigen die Frage, ob man angesichts der Fakten, die nun allmählich verfügbar geworden sind, noch von der »Hofmans-Affäre« sprechen kann oder ob sich die Angelegenheit nicht eher um eine schwere Krise in der Ehe von Königin Juliana und Prinz Bernhard drehte. Die Frage, besser gesagt: die Reihe von miteinander verbundenen Fragen, die zum Anlass für politische Spannungen zwischen Hof und Ministern wurden, hatten primär mit diesen Eheproblemen zu tun.<sup>21</sup>

21 Die Geschehnisse sind zu komplex, um im Rahmen dieser Betrachtung umfassend behandelt zu werden. Für einen Überblick sei hier verwiesen auf: DAALDER (wie Anm. 19); C. FASSEUR, *Juliana en Bernhard. Het verhaal van een huwelijk*, 3. Auflage, Amsterdam 2009; J.W. BROUWER, *De Hofmans-affaire: privézaak of staatszorg?*, in: ders./P. van der Heijden, *Parlementaire geschiedenis van Nederland na 1945, deel 6: Het kabinet-Drees IV en het kabinet-Beel II, 1956–1959. Het einde van de rooms-rode coalitie*, Den Haag 2004, S. 57–79. Die im Folgenden angeführten Zitate wurden aus diesen Texten übernommen. Alle Übersichten neigen dazu, ob willkürlich oder nicht, die Geschehnisse aus der Perspektive Prinz Bernhards zu betrachten. Es bleibt somit die Frage, ob die Ansichten Königin Julianas genügend Beachtung finden. Möglicherweise kann die Biographie von Königin Juliana, die derzeit von Jolande Withuis vorbereitet wird, eine neue Sichtweise eröffnen.

Die Geschichte nimmt unverkennbar mit der Geburt des jüngsten Kindes des Königspaares ihren Anfang; Prinzessin Christina, die mit einer schweren Augenerkrankung geboren wurde. Medizinische Eingriffe hatten nicht geholfen. Auf Anraten des Prinzen war eine Gesundheitsberaterin aus Amsterdam namens »Fräulein Hofmans« (1894–1968) nach Soestdijk gekommen. Sie sollte Rettung bringen. Zu einer Genesung kam es nicht, wohl aber zur Entwicklung ziemlich mystischer religiöser Ansichten bei der Königin. Ihre religiösen Übungen, die sie unter der Leitung Hofmans' gemeinsam mit ihrer Mutter und einer Reihe dubioser Damen und Herren im Jagdschloss *Oude Loo* ausführte, trugen ernsthaft zu den Eheproblemen des Königspaares bei.

Die Königin wurde hierdurch politisch verletztlich, weil sie in den Augen ihrer Gegner »pazifistische Sympathien« zu entwickeln begann und sich ferner zu sehr die Frage stellte, ob die politischen Gegensätze zwischen Ost und West im Kalten Krieg nicht zu weit getrieben würden. Schloss Soestdijk, der Wohnort des Königspaares, war rasch in zwei einander bekämpfende Flügel aufgeteilt, mit Juliana und ihrem getreuen Hofstaat auf der einen und Bernhard und den ihm gegenüber loyalen Höflingen auf der anderen Seite.

Verschärft wurde das Problem dadurch, dass Prinz Bernhard es nicht nur in seiner Londoner Zeit, in der Juliana weit weg in Kanada war, mit der ehelichen Treue nicht sehr genau genommen hatte, sondern dass er dieses Leben mit unklaren Liebesbeziehungen auch nach 1945 unbekümmert fortgesetzt hatte. Es war somit nicht verwunderlich, dass die Königin stark in Erwägung zog, sich von ihrem Ehemann scheiden zu lassen. Diesem war hingegen klar, dass eine Scheidung ihn seiner bevorzugten Stellung in der niederländischen Gesellschaft berauben würde – so populär er auch sowohl im Heer als auch im damals noch einflussreichen ehemaligen Widerstand war. Er war zwar nicht Oberbefehlshaber, aber dank Wilhelmina doch noch »Generalinspekteur« der Streitkräfte geworden, eine Art hoher militärischer Ombudsmann. Das Amt verlieh ihm das Recht, die Generalsuniform zu tragen. Streitkräfte und ehemaliger Widerstand verehrten ihn, aber letztlich hätten sie – vor die Wahl gestellt – immer der Königin die Treue gehalten. Dessen war sich der Prinz sehr bewusst.

Der Prinz durchbrach alle aufkommenden Spannungen, indem er die ganze Krise 1956 über das deutsche Wochenblatt *Der Spiegel* durchsickern ließ. Dabei nutzte er in seiner Version der Geschichte zwei Schwächen in der Position der Königin: ihre ein wenig nebulösen religiösen Überzeugungen (die konfessionelle Politiker ziemlich störten) und vor allem ihre nicht ganz »verlässlichen« Auffassungen über die internationale Politik. Hinsichtlich des letztgenannten Punktes stand Juliana schon seit ihrem Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten im Jahr 1952 ziemlich unter Beschuss. Zur Bestürzung des damaligen Außenministers, dem Liberalen Dirk Stikker (1897–1979), hatte sie darauf bestanden, für die dort zu haltenden Ansprachen ihre eigenen Texte zu verfassen, die dann von Beamten des Ministeriums überprüft werden konnten. Stikker wollte aus Sicherheitsgründen das Prozedere

umkehren, aber die Königin lehnte dies ab: »Ich habe keine Lust, verschiedene vorgefertigte Reden zu halten, ich will allgemeine Gedanken vortragen, die den Menschen etwas sagen können und die auf einer höheren Ebene liegen.« Mit der höheren Ebene war es, als es darauf ankam, nicht so weit her, ihre Ansprachen enthielten auch nicht viele konfliktträchtige Worte. Ihre amerikanische Zuhörerschaft, unter anderem der Kongress, war von ihrem Auftreten sogar begeistert. Nur der *secretary of state* Dean Acheson (1893–1971) kommentierte: »She was talking like a Dutch aunt.«

Das Außenministerium nörgelte jedoch weiterhin – ein Verhalten, dass Beamte und Diplomaten immer dann an den Tag legen, wenn sie das Verhalten und die Äußerungen öffentlicher Amtsträger im Ausland nicht völlig kontrollieren können. Ihre schlechte Laune drang bis zum PvdA-Parlamentarier Frans Goedhart (1904–1990) durch, einem ehemaligen Widerstandskämpfer und notorischen Kommunistenhasser, der »seine« Tageszeitung *Het Parool* zu einem kritischen Leitartikel verleiten konnte. Der Rest der niederländischen Presse folgte hingegen der Begeisterung der amerikanischen Kongressmitglieder. Ministerpräsident Drees nahm den Vorgang nicht sehr ernst, auch wenn er nun für die Zukunft wusste, wo die Königin verletzbar war. Denn wenn es um Antikommunismus ging, stand er Goedhart nicht nach.

*Der Spiegel* verstand es, den Eindruck zu erwecken, dass die Anwesenheit von »Fräulein Hofmans« auf Soestdijk, die tatsächlich stark zum Konflikt zwischen den Ehepartnern beitrug, zu einer pazifistischen Beeinflussung der Königin führe und damit eine Gefahr für die niederländische Politik darstelle. Es blieb Drees nichts anderes übrig, als ein Treffen für die Weltpresse abzuhalten, bei dem er die entscheidende Aussage traf, für deren Umsetzung auch er selbst sich sehr ins Zeug legen musste: »There will be no separation; there will be no abdication«. Diese Worte waren von großem Gewicht, weil sie der Königin implizit sagten, dass eine Scheidung vom Prinzen keine Lösung sei, und weil sie dem Prinzen sagten, dass von einem Thronverzicht, den er vermeintlich anstrebte, keine Rede sein könne.

Für Drees kam noch als ernsthafte Komplikation hinzu, dass die Krise während der endlos langen Kabinettsbildung des Jahres 1956 ausbrach, die eine Folge der Polarisierung zwischen der KVP und der PvdA während des Wahlkampfes war. Drees' Kabinett war also »demissioniert«. Dennoch mussten beide Parteien doch wieder in einer neuen Koalition zusammenarbeiten, aber dazu brauchte man (monatelang) Zeit. Unterdessen war es zwischen Außenminister Johan Beyen (1897–1976) und der Königin zu einem Konflikt gekommen, weil dieser sich vor Journalisten nicht ausreichend loyal gegenüber der Königin gezeigt habe.

Königin und Prinz ernannten gemeinsam eine vom ehemaligen Ministerpräsidenten Beel geleitete, aus drei »weisen Männern« bestehende Kommission, die eine Lösung für die aufgekommenen Spannungen suchen sollte. Die Kommission unterlag in ihrem Wirken in keiner Weise der Kontrolle beziehungsweise der Verantwortung irgendeines Ministers – sie trat als Beraterin in einer Privatangele-

genheit (namens Ehekrise) auf. Es gab einen Bericht mit Empfehlungen, aber bei der Erläuterung gegenüber der Presse siedelte das Dreigespann die Schuld an den Problemen leicht einseitig bei der Königin an. Diese wurde deswegen wiederum ärgerlich und lehnte vorläufig eine Kooperation bezüglich der Empfehlungen ab.

Aus dem Parlament, aber auch seitens der Kabinettskollegen, wuchs der Druck auf Drees, sich auf Soestdijk endlich für ein »energisches Vorgehen« zu entscheiden, denn der Ministerpräsident war immer bemerkenswert passiv geblieben. Drees' Antwort lautete, dass er »die Königin kennend, fürchten musste, dass ein zu energisches Vorgehen gerade das Gegenteil des Beabsichtigten erreichen würde.« Er wusste eben von der Dickköpfigkeit, zu der Oranier in den Generationen seit König Wilhelm I. (1772–1843) fähig gewesen sind. Schließlich demonstrierte die Zweite Kammer nach neuen Vermittlungsversuchen bei der Debatte über die Regierungserklärung des endlich angetretenen vierten Kabinetts unter Drees im Oktober 1956 ihre Autorität, indem sie eine Erklärung verabschiedete, die von dem liberalen Oppositionsführer Pieter J. Oud (1886–1968) formuliert und im Namen aller Fraktionsvorsitzenden eingereicht worden war und folgenden Wortlaut hatte:

»Die Veröffentlichungen in der Presse im In- und Ausland im Zusammenhang mit der so genannten ›Soestdijk-Frage‹ haben in unserem Land eine ernsthafte Beunruhigung ausgelöst. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, bei der die höchsten Interessen unseres Königreichs betroffen sind. Sie kann daher nicht als Angelegenheit betrachtet werden, die nur die Trägerin der Krone persönlich berührt und für die ihre Ratsmitglieder keine Verantwortung tragen. Wir vertrauen darauf, dass sich das Kabinett dieser Verantwortung voll und ganz bewusst ist und dass, vor allem hinsichtlich der Ausstattung des Hauses der Königin, die Maßnahmen getroffen werden, die sich im Interesse der Unversehrtheit der Monarchie als notwendig erweisen.«

Für die Beurteilung der Probleme, mit denen Drees konfrontiert war, ist die Beantwortung einiger Fragen wichtig. Die erste lautet, ob eine drohende Ehescheidung als eine reine Privatsache betrachtet werden sollte oder nicht. Letztlich wäre das natürlich nicht der Fall gewesen, weil eine solche Scheidung immer politische Aspekte gehabt hätte. Dennoch war Julianas Problem mit der Ehe viel privater, als es ihr Mann über den *Spiegel* erscheinen lassen wollte. Die Königin war vielleicht keine NATO-Adeptin, wie der Prinz und vor allem das Außenministerium es gerne gesehen hätten, aber von einem sich Querlegen auf dem Gebiet der Außenpolitik oder dem der Verteidigung konnte bei ihr keine Rede sein. Für eine Abdankung aufgrund einer allzu großen Unstimmigkeit mit dem Kabinett gab es also keinen Grund. Soweit er dazu imstande war, der Königin eine Ehescheidung auszureden, hat Drees dies getan.

Die zweite Frage lautete, ob es einen zwingenden Anlass gab, die Gesundheitsbetin Hofmans aus Soestdijk entfernen zu lassen. Es bestand ja der Eindruck, dass sie

einem angemessenen politischen Umgang zwischen Ministerpräsident und Königin im Wege stand. Obwohl Drees zu Recht und aus Erfahrung hatte feststellen können, dass die Gesundheitsministerin ein notorischer Wirrkopf war, konnte das kein ausreichender Grund dafür sein, ihren Weggang zu veranlassen. Er stand eher unter dem Druck orthodox-christlicher Minister und Mitglieder der Zweiten Kammer, die glaubten, die Königin befinde sich unter dem falschen religiösen Einfluss.<sup>22</sup> Aber musste ein Sozialdemokrat derartige Bedenken berücksichtigen? Fest stand, dass Hofmans der Wiederherstellung der ehelichen Beziehung im Wege stand, ebenso wie die Freunde im *Oude Loo*. Das reichte als Grund, um energisch (und letztlich erfolgreich) auf ihre Abreise aus Soestdijk zu drängen.

Als dritte Frage bleibt noch die nach der Beschäftigung mit der Zusammensetzung und dem Auftreten des Hofstaats, in dem die untereinander stattfindenden Fehden Widerhall fanden. Diese sickerten auch regelmäßig zur Presse durch, insbesondere zur Zeitung *De Telegraaf*. Sollte das auch als Privatangelegenheit betrachtet werden? Nach Drees' damaliger Meinung ja, wobei er sich auf die Verfassung berufen konnte. Diese legte damals ja noch in Artikel 25 fest: »Der König richtet sein Haus nach eigenem Gutdünken ein.«<sup>23</sup> Wenn ein Ministerpräsident dennoch Grund hatte, sich mit der Arbeit des Hofstaats zu befassen, dann musste er außerordentlich vorsichtig sein. Letztlich gelang es, auch den Hofstaat zu »sanieren« und auf Soestdijk wieder Frieden einkehren zu lassen.

Insgesamt war es möglicherweise Drees' größtes Problem, dass die Außenwelt dies alles, dank Bernhards Darstellung der Angelegenheit, als die Juliana-Frage betrachtete, obwohl es mindestens ebenso sehr – wenn nicht mehr – die Bernhard-Frage gewesen ist. Das erklärt wahrscheinlich auch Drees' relativ passive Haltung und seine Neigung, die Probleme soweit wie möglich als privat zu definieren. Im Urteil der Zeitgenossen, vor allem von christlicher Seite, aber auch seitens der außenpolitischen Elite, führte das zu dem Vorwurf einer allzu großen Passivität. Andere waren bereit, in Drees die Figur des »Fabius Cunctator« zu erkennen, »der immer Schlachten vermied, aber schließlich triumphierte«<sup>24</sup>; und der Königin Juliana besser verstand, als die meisten Politiker in seiner Umgebung. Auf jeden Fall bekam Drees Recht: Es gab keine Scheidung, und es gab keinen Thronverzicht. Es war kein Zufall, dass Drees' Porträt später auf dem Schreibtisch Königin Julianas prangen sollte.

22 Vgl. BROUWER (wie Anm. 21), S. 66f. Speziell zur Kritik der damaligen Abgeordneten Marga Klompé siehe auch: DAALDER (wie Anm. 19), S. 228.

23 Auch damals wurde bereits die Frage aufgeworfen, ob diese Formulierung dem König absolute Freiheit verschaffte. Inzwischen (seit 1983) bestimmt die Verfassung in Artikel 41: Der König richtet sein Haus, unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen, ein.

24 Zitiert nach: DAALDER (wie Anm. 19), S. 229.

*Ministerpräsident den Uyl, der Prinz und die Lockheed-Affäre*

Es sind unverkennbar nicht nur sozialdemokratische Ministerpräsidenten gewesen, die mit dem Königshaus ihre Not hatten. Die Aufregung um die Hochzeitspläne von Prinzessin Irene (1965) und Kronprinzessin Beatrix (1966) hat Ministerpräsidenten aus anderen Parteien mindestens ebenso beschäftigt.<sup>25</sup> Im ersten Fall befand sich die PvdA in der Opposition, ihr politischer Anführer war zu dieser Zeit Anne Vondeling (1916–1979); im zweiten Fall war eben dieser Vondeling stellvertretender Ministerpräsident in einem Kabinett unter der Leitung von Jo Cals (1914–1971) aus der KVP.

Die Beschäftigung der PvdA mit dieser zweiten Ehe, die mit dem deutschen »Junker« Claus von Amsberg (1926–2002) geschlossen wurde, fiel in erster Linie auf, weil sie zu einem groben Schnitzer des PvdA-Fraktionsvorsitzenden in der Zweiten Kammer, Gerard Nederhorst (1907–1979), führte. Weil es – besonders bei den Linken – viel Widerstand gegen einen deutschen Ehe Kandidaten für die Kronprinzessin gab, schrieb Nederhorst einen »vertraulichen« Brief an eine große Zahl von Parteigenossen, deren Gewissen durch diese Eheschließung belastet war. In ihm erklärte er, dass auch er nicht froh über diese Ehepläne einer eigensinnigen Prinzessin sei, dass es aber besser sei, wenn sich die Partei füge. Die Ausrufung einer Republik sei ebenso wenig wünschenswert, denn das werde nur dazu führen, dass Leute wie der ehemalige Ministerpräsident Jan de Quay (1901–1985) oder Außenminister Joseph Luns (1911–2002), beide ein rotes Tuch für die PvdA-Anhänger, zum Präsidenten gewählt werden könnten.<sup>26</sup>

Der Brief sickerte natürlich innerhalb weniger Tage zu verschiedenen Zeitungen durch. *Het Parool* publizierte ihn als erstes: So wurde das Problem der Hochzeit zum Problem der PvdA. Die PvdA hatte in jenen Jahren allgemein kein glänzendes Bild von der Kronprinzessin, die parteiintern den Ruf hatte, ziemlich eigensinnig zu sein. Das zeigte sich auch in der berüchtigten Einschätzung durch Jacques de Kadt (1897–1988), Mitglied der Zweiten Kammer und zugleich einer der brillanten Intellektuellen in der PvdA, der damals im *Hollands Maandblad* über die Monarchie anmerkte: »(...) sie kann uns ein aufgeblasenes, gründlich verdorbenes, verwöhntes Gör aufhalsen, dessen Grinsen wir uns dreißig Jahre lang ansehen müssen und dessen arrogante, affektierte Stimme wir bei allen offiziellen Anlässen anhören müssen.«<sup>27</sup> Königin Juliana war als Person offensichtlich noch zu ertragen,

25 Die politischen Probleme rund um diese beiden Hochzeiten werden adäquat beschrieben in: M. WAGENAAR, *De Rijksvoorlichtingsdienst. Geheimhouden, toedekken en openbaren. De rol van de Rijksvoorlichtingsdienst tussen 1945 en 1994*, Den Haag 1997, S. 192–205 und 220–226. Siehe hierzu auch: P. VAN DER STEEN, *Cals. Koopman in verwachtingen, 1914–1971*, Amsterdam 2004, S. 340–364.

26 Vgl. J.W. BROUWER, *Zaken rond de Kroon*, in: P. VAN DER HEIDEN/A. VAN KESSEL (Hrsg.), *Parlementaire geschiedenis van Nederland na 1945, deel 8: Rondom de Nacht van Schmelzer. De kabinetten-Marijnen, -Cals en -Zijlstra, 1963–1967*, Amsterdam 2010, S. 121–126.

27 Zitiert nach: W. BREEDVELD, *Inleiding*, in: ders. (Hrsg.), *Het Staatshoofd spreekt. Een keuze uit de toespraken van Koningin Beatrix en Prins Claus*, Den Haag 1992, S. 65.

aber am Ende ihrer Regierungszeit müsse es dann mal ein Ende haben, so die Meinung der Gruppe *Nieuw Links* in ihrer berühmten Broschüre *Tien over Rood* aus dem Jahr 1966.<sup>28</sup>

Ohne weiter auf die Probleme der Ministerpräsidenten mit der Monarchie und die Haltung der PvdA dabei einzugehen, ist doch deutlich, dass im Anlauf zum oben besprochenen Grundsatzprogramm von 1977 ab den 1960er Jahren der Boden für die Republik vorbereitet wurde. Weder de Kadt, noch irgend ein anderer Sozialdemokrat konnte jedoch erahnen, dass, nachdem man weniger als »dreißig Jahre lang Königin Beatrix angesehen« hatte, die konstitutionelle Monarchie in Zeiten eines rasch aufgekommenen Populismus zu einer Fluchtburg für die Linke in den Niederlanden geworden war.<sup>29</sup>

Einen stärkeren Beitrag zum Sympathisieren mit der Republik leistete in den 1970er Jahren die so genannte »Lockheed-Affäre« und die Rolle, die darin – wiederum! – Prinz Bernhard spielte.<sup>30</sup> Dies belegt, dass dieser an den schwersten Krisen der Monarchie in der Nachkriegszeit beteiligt war. Durch von einem Sonderausschuss des amerikanischen Senats durchgeführte Verhöre erhärtete sich im Frühjahr 1976 der Verdacht, dass Prinz Bernhard von der Rüstungsfirma Lockheed im Tausch für eine Förderung des Ankaufs von neuen Düsenjägern durch die Niederlande Bestechungsgelder angenommen (oder sogar gefordert) hatte. Nun hatten seine Anstrengungen sowieso wenig Aussicht auf Erfolg gehabt, weil der Prinz sich mit seiner Botschaft an den damaligen PvdA-Verteidigungsminister Henk Vredeling (1924–2007) wenden musste – einen ehemaligen Widerstandskämpfer, der eine ungeheure Abneigung gegen Prinz Bernhard hatte. Der Prinz hatte allerdings schon Verbindung zum Verteidigungsstab und zum Staatssekretär des Ministeriums gefunden.

Ministerpräsident Joop den Uyl griff sofort ein und setzte nach Rücksprache mit der Königin – wie es auch schon 1956 geschehen war – eine Kommission aus drei »weisen Männern« ein. Der Unterschied bestand darin, dass der Ministerpräsident nun selbst handelte und die Kommission der ministeriellen Verantwortung unter-

28 Vgl. H. VAN DEN DOEL u.a., *Tien over Rood. Uitdaging van Nieuw Links aan de PvdA*, Amsterdam 1966, S. 9, 24–29.

29 Vgl. J.T.H.J. VAN DEN BERG, *Saevis tranquilla in undis. Koningin in tijden van populisme*, in: D.J. ELZINGA (Hrsg.), *De Nederlandse constitutionele monarchie in een veranderend Europa*, Alphen aan den Rijn 2006, S. 69–78.

30 Die folgenden Betrachtungen sind hauptsächlich angelehnt an: P. BOOTSMA/W. BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht. Het kabinet-Den Uyl 1973–1977*, Den Haag 1999, S. 139–165. Siehe auch: J. MERRIENBOER u.a., *Van Agt. Biografie. Tour de force*, Amsterdam 2008, S. 165–190; A. BLEICH, *Joop den Uyl 1919–1987. Dromer en doordouwer*, Amsterdam 2008, S. 334–346. Im letztgenannten Buch ist auch das rührende Dankeswort von Königin Juliana an den inzwischen todkranken den Uyl aus dem Jahr 1987 zu finden: »Ik ben U intens dankbaar voor de zware 'operatie' die U op mijn man hebt uitgevoerd en die uiteindelijk tot zijn herstel geleid heeft. Uw oude 'praatpaal' Juliana.« (»Ich bin Ihnen zutiefst dankbar für die schwere »Operation«, die Sie an meinem Mann durchgeführt haben und die letztlich zu seiner Genesung geführt hat. Ihr alter »Kummerkasten« [praatpaal] Juliana.«)



stellt wurde. Sie kam unter der Leitung des Juristen und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg André M. Donner (1918–1992) zustande, einem geradlinigen Protestanten. Ende Juli hatte die Kommission ihren Bericht fertiggestellt, dieser fiel bezüglich der Schlussfolgerungen über das Verhalten des Prinzen ziemlich verheerend aus. In der Wortwahl war man allerdings noch recht vorsichtig:

»Zusammenfassend gelangt die Kommission zum dem Urteil, dass S.K.H. [Seine Königliche Hoheit], in der Überzeugung, dass seine Position unangreifbar und sein Urteil nicht zu beeinflussen sei, sich anfangs viel zu leichtfertig in Transaktionen begeben hat, die den Eindruck erwecken mussten, dass er für Vergünstigungen empfänglich sei. Anschließend hat er sich für unlautere Angebote zugänglich gezeigt. Schließlich hat er sich dazu verleiten lassen, Initiativen zu ergreifen, die völlig inakzeptabel waren und die ihn selbst und die niederländische Beschaffungspolitik bei Lockheed – und, so muss heute hinzugefügt werden, auch bei anderen – in ein bedenkliches Licht rücken mussten.«<sup>31</sup>

Wenn es sich nicht um den Ehemann der Königin gehandelt hätte, wäre die Angelegenheit zweifellos der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übergeben worden. Aus einer Reihe von Gründen geschah dies nicht. Das Justizministerium hatte sorgfältig ermittelt, wie groß die Chance war, dass man dem Richter rechtsgültige und überzeugende Beweise liefern könnte. Diese Aussicht war nicht allzu gut, zumindest nicht auf der Grundlage des Materials über Lockheed. Zudem würde ein strafrechtliches Verfahren gegen den Prinzen die Monarchie schwer schädigen und bei den – nicht ungefährlichen – Freunden des Prinzen ernsthaften Widerstand hervorrufen. Seine Popularität hatte ja immer noch keinen Schaden gelitten. Letztlich wäre es alles vergebliche Liebesmüh, weil damit die Ausübung des Königsamtes durch Juliana praktisch unmöglich geworden wäre. Konnte sich jemand eine Königin vorstellen, die sich regelmäßig zum Familienbesuch am Gefängnistor meldete? Dadurch war sogar die Vertretung durch die Kronprinzessin unmöglich, was die Prinzessin selbst übrigens auch fand.

Bis dahin war die Vermeidung einer gerichtlichen Verfolgung noch zu rechtfertigen. Das wäre wesentlich schwieriger gewesen, wenn zu diesem Zeitpunkt bereits allgemein bekannt gewesen wäre – was später erst öffentlich wurde, den Uyl und Donner aber damals schon wussten –, dass es noch einen zweiten Korruptionsfall gab. In diesem Fall ging es um den Flugzeughersteller Northrop, von dem der Prinz möglicherweise ebenfalls Geld genommen hatte. Der Ministerpräsident hat diesen zweiten Fall bewusst unter den Teppich gekehrt. Er wusste nur allzu gut, dass er dann, wenn dieser in die Öffentlichkeit geriet, die Dinge nicht mehr in der Hand haben würde.

31 Zitiert nach: BOOTSMA/BREEDVELD (wie Anm. 30), S. 143.

Es kam allerdings zu nicht-strafrechtlichen Sanktionen gegenüber dem Prinzen. Er musste alle seine offiziellen militärischen und zivilen Funktionen niederlegen, wie die des Generalinspektors der Streitmächte und des Kommissariats u. a. bei der *Koninklijke Luchtvaart Maatschappij* (KLM). Auf Vorschlag von Minister Vredeling wurde er auch dringend ersucht, keine militärische Uniform mehr zu tragen. Es handelte sich hierbei um kein formales Verbot, denn das konnte nur durch den Chef des Verteidigungsstabs oder durch einen königlichen Beschluss verhängt werden. Für Letzteres war die Unterschrift der Königin selbst notwendig. Der Ministerrat hielt keinen der beiden Wege für gangbar. Das Ersuchen erwies sich als effektiv, und darum ging es, und es war – gerade durch seine starke symbolische Wirkung – die schmerzlichste aller Sanktionen.

Aus dem Vorstehenden könnte der Eindruck entstehen, dass die Behandlung der Angelegenheit durch den Ministerpräsident relativ reibungslos verlaufen sei. Das wäre ein ernsthaftes Missverständnis. Zuallererst musste den Uyl lange auf die Königin einreden, weil sie anfangs von einer Veröffentlichung des Berichts der Donner-Kommission nichts wissen wollte und – da sie ihren Mann kannte – auch das »Uniformverbot« ablehnte. Schließlich gab sie nach. Auch der Ministerrat war nicht ohne weiteres geneigt, sich der Linie den Uyls, die vom katholischen Justizminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Dries van Agt unterstützt wurde, anzuschließen. Dies galt vor allem, weil der Rat aus dem Northrop-Fall herausgehalten worden war. Drei Minister – Henk Vredeling, Jaap Boersma (1929–2012) und Hans Gruijters (1931–2005) – verlangten eine Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft, aber sie zogen gegenüber der Mehrheit den Kürzeren. Ein gesondertes Problem stellte noch Staatssekretär Marcel van Dam von der PvdA dar, der den Beschluss des Ministerrats, auf eine Strafverfolgung zu verzichten, als ausreichenden Grund betrachtete, beim Ministerpräsidenten seinen Rücktritt anzukündigen. Dieser konnte ihn davon abhalten – unter anderem, indem er versprach, den »Entlassungsbrief« mit einer ausführlichen Begründung van Dams an die Königin weiterzuleiten. Diese Weiterleitung wird den Uyl selbst nicht unwillkommen gewesen sein, denn so konnte er zeigen, wie tief die Sache in die Gedanken und Gefühle seiner Kollegen eingegriffen hatte. Schließlich hatte den Uyl Grund, sich vor den Reaktionen der Führung der Streitkräfte zu fürchten, auch wenn diese sich als nicht so schlimm erwiesen; man verstand dort sehr gut, was beim Prinzen schief gegangen war.

Die Zweite Kammer hatte keinen Grund, sich in der Angelegenheit benachteiligt zu fühlen. Die Veröffentlichung des Donner-Berichts fand ja nicht während einer Pressekonferenz statt, sondern im Parlament. In der Debatte über den Bericht und die daraus hervorgehenden Sanktionen zeigte sich das Parlament beherrscht, zugleich aber scharf in seinem Urteil. Besonders der katholische Fraktionsvorsitzende Frans Andriessen ließ erkennen, dass er ein sehr genaues Bild von dem hatte, was möglicherweise doch hätte geschehen müssen, aber auch von dem, was unter den gegebenen Umständen notwendig war. Der Ministerpräsident konnte sich

in seinem Handeln der Unterstützung durch das gesamte Parlament, aber auch durch die öffentliche Meinung, gewiss sein.

Zwischen dem Verhalten von Drees und den Uyl gibt es Übereinstimmungen. Beide zogen es vor, Schlägen auszuweichen, um am Ende in der Lage zu sein, zu triumphieren. Die Beauftragung eines Dreigespanns ist dafür ebenso ein Beispiel, wie das Streben nach der Wahrung eines breiten Konsenses. Dennoch überwiegen die Unterschiede. Den Uyl konnte die Angelegenheit unmöglich wie eine Privatangelegenheit behandeln, und darum war er im Herangehen an die Sache und im Beharren auf der Regie – sowohl vor als auch nach der Untersuchung durch die Kommission – notgedrungen aktiver als Drees. Trotzdem verfügte er als Ministerpräsident im Hinblick auf seine Kollegen über mehr Spielraum als Drees. Das Amt des Ministerpräsidenten hatte über die Jahre an Gewicht gewonnen, und zudem waren die Kontakte zur Königin inzwischen ganz an den Amtsträger delegiert worden.

Dennoch verfolgte den Uyl, im Gegensatz zu Drees, die Linie, die zuvor von Ministerpräsident Victor Marijnen (KVP, 1917–1975) in der Frage der Hochzeit von Prinzessin Irene gewählt worden war<sup>32</sup>: Die Einsetzung eines ministeriellen Komitees, mit dem er die Angelegenheit stärker im Detail besprach und Entscheidungen vorbereitete. In diesem »Krisenteam« saßen die Minister Wim Duisenberg (Finanzen, PvdA, 1935–2005), Max van der Stoel (Außenministerium, PvdA, 1924–2011), van Agt (Justiz, KVP) und Wilhelm Friedrich de Gaay Fortman (Innenministerium, ARP, 1911–1997). Die Zusammensetzung dieser Gruppe war nicht nur nach dem Kriterium der Wichtigkeit der Ministerien erfolgt, sondern auch nach den an der Regierung beteiligten Parteien. Wim Duisenberg, der gut mit Prinz Claus und Prinzessin Beatrix befreundet war, sorgte heimlich dafür, dass die beiden über den Stand der Dinge informiert wurden, denn sie wurden weder durch die Königin oder den Prinzen, noch durch den Ministerpräsidenten auf dem Laufenden gehalten.

Joop den Uyl war kein Republikaner, aber sicherlich auch kein Orangist.<sup>33</sup> Er konnte als Musterbeispiel für die distanzierte Rationalität dienen, mit der Sozialdemokraten die konstitutionelle Monarchie befürworteten. Er war sich zugleich der Gefahren, die eine falsche Herangehensweise an den populären Prinzen mit sich brachte, sehr bewusst – gerade dann, wenn er ihn als einen ordinären Straftäter darstellte. Er unterschätzte in keiner Weise die Bereitschaft rechts eingestellter Niederländer, besonders wenn sie sich mit dem Prinzen verwandt fühlten, diesem zu vergeben. Daher berücksichtigte er auch, dass sich jegliche Polarisierung bezüglich des Schicksals des Prinzen, ganz abgesehen von einer ausgewachsenen Verfassungskrise, massiv gegen die Linke, insbesondere gegen die PvdA, richten würde. Das veranlasste ihn dazu, die Sache streng aber verbindlich zu einem guten Ende zu

32 Vgl. BROUWER (wie Anm. 26), S. 89f.

33 Vgl. BLEICH (wie Anm. 30), S. 334.

bringen. Auch die Rechten in den Niederlanden verstanden, dass der Prinz unter einem konservativeren Ministerpräsidenten wahrscheinlich nicht so gnädig davon gekommen wäre. Dann gab es für das Kabinett noch eine *blessing in disguise*: Die drohende Verfassungskrise hielt das Kabinett davon ab, andere Fragen zu einer (potenziellen) Kabinettskrise aufzublasen, beispielsweise über die Abtreibungsklinik Bloemenhove und den Export von Reaktordruckbehältern nach Südafrika.<sup>34</sup>

### *Wim Kok, der Kronprinz und dessen Schwiegervater*

Als Wim Kok 1994 als Ministerpräsident antrat, war es beinahe zwei Jahrzehnte lang ruhig um das Königshaus gewesen. Daran änderten die Krawalle rund um die Amtseinführung von Königin Beatrix im Jahr 1980 kaum etwas. Sie bewirkten eher das Ende der als legitim angesehenen Hausbesetzerbewegung als dass die konstitutionelle Monarchie durch sie Schaden genommen hätte. Es gelang der neuen Königin und Prinz Claus, das Ansehen der Monarchie, insbesondere in der intellektuellen Mittelschicht, zu steigern. Die Beziehung zwischen Königin Beatrix und dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Lubbers war ziemlich eng gewesen, nach Ansicht einiger in seinem eigenen politischen Kreis sogar etwas zu eng und entspannt.<sup>35</sup> Beide waren Pragmatiker und sachlich eingestellte Amtsträger (vgl. den Beitrag von Lukas Burgering).

Der neue Ministerpräsident Kok musste mit mehr Unruhe rechnen, nicht nur, weil er einer Königin gegenüber stand, die über mehr Erfahrung im Amt verfügte als er, sondern auch, weil eine ganze Reihe von Prinzenkindern (von Beatrix selbst aber auch von ihren Schwestern) ins heiratsfähige Alter gekommen waren. Im Falle der Kinder der Königin ging es zudem um potenzielle Erbfolger, deren Eheschließung eventuell eine Zustimmung durch das Parlament erhalten musste.<sup>36</sup> Kok war nicht geneigt, der Königin so viel politischen Spielraum (beispielsweise in Ansprachen) zu lassen, wie es sein Vorgänger getan hatte. Das Verhältnis zu ihr war, sicherlich in der Anfangszeit, dann auch angespannter als das seines Vorgängers.

Einige Probleme sollten ihn besonders beschäftigen: Die potenzielle Mitgliedschaft des Kronprinzen Willem-Alexander im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und sein Wunsch, Máxima Zorreguieta, die Tochter eines ehemaligen argentinischen Staatssekretärs für Landwirtschaft zur Zeit der Videla-Diktatur, zu

34 Zum historischen Kontext siehe: F. WIELENGA, *Die Niederlande: Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, S. 316ff.

35 Die christdemokratischen Abgeordneten in der Ersten Kammer zeigten sich vor allem Anfang der 1990er Jahre regelmäßig irritiert von den Übereinstimmungen zwischen der Königin und dem Ministerpräsidenten. Diese Irritation fiel in eine Zeit, in der die Unzufriedenheit mit dem Auftreten des Parteichefs und Ministerpräsidenten Lubbers in diesem Umfeld stark zunahm.

36 Gemäß Artikel 28 der Verfassung ist die Zustimmung des Parlaments zur Heirat eines Thronfolgers Voraussetzung, damit dessen Anspruch auf den Thron nicht verfällt. Das gilt auch für alle aus dieser Ehe entstammenden Kinder. Vgl. C.A.J.M. KORTMANN u. a., *Grondwet voor het Koninkrijk der Nederlanden. Tekst en commentaar*, Deventer 1998, S. 26f.

heiraten. Dann gab es noch kleinere Friktionen. So plante Königin Beatrix im Winter 2001, für den Winterurlaub ins österreichische Lech zu reisen, trotz der europäischen Aufregung um den Beitritt einer rechtsextremistisch gewordenen FPÖ zur österreichischen Regierung. Kontroversen gab es zudem noch 1995 über den Staatsbesuch im seit fünfzig Jahren unabhängigen Indonesien, der nach Meinung des Ministerpräsidenten wohl, nach der des Außenministeriums und vermutlich auch der Königin selbst jedoch nicht am Unabhängigkeitstag stattfinden durfte.<sup>37</sup>

Bei der Beschäftigung mit diesen Themen muss mit Zurückhaltung vorgegangen werden, weil es bislang hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kok und dem Königshaus keine Untersuchungen gibt, auch wenn diese heutzutage weniger geheimnisvoll behandelt werden als früher. Letzteres verdeutlicht ein Buch von Remco Meijer und Jan Hoedeman über die Jugend Willem-Alexanders und seine Beziehung zu und Hochzeit mit Máxima, das in den wesentlichen Aspekten einen sowohl detaillierten als auch verlässlichen Überblick bietet.<sup>38</sup> Aus diesem Grund beschränkt sich die Betrachtung im Folgenden auf die Probleme rund um die Hochzeit des Kronprinzen.

Wie so oft wurde die Beziehung zwischen Willem-Alexander und der Argentinierin Máxima Zorreguieta in den Niederlanden durch eine Exklusivmeldung in der Zeitung und nicht über den offiziellen Weg bekannt. Trotzdem ist es den beiden erfolgreich gelungen, diese viel länger geheim zu halten als dies Beatrix und Claus im Jahr 1965 gelungen war. Zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens hatte Máxima bereits ganze Touren durch die Niederlande machen können, ohne aufgefallen zu sein. Die Beziehung an sich war auch nicht problematisch: Zwar handelte es sich bei ihr nicht um eine Frau aus dem (Hoch-)Adel, aber diese Anforderung war bereits durch Pieter van Vollenhoven, dem Mann von Prinzessin Margriet, aufgegeben worden. In der Generation Willem-Alexanders haben sich die Kinder von Prinzessin Margriet und Pieter van Vollenhoven sowie, nicht zu vergessen, Bruder Constantijn für bürgerliche Lebensgefährten entschieden.

Rasch stellte sich jedoch heraus, dass Máxima die Tochter Jorge Zorreguietas, eines ehemaligen Staatssekretärs für Landwirtschaft im Argentinien der Videla-Diktatur war. Das warf sofort die Frage auf, wieviel er von den Folterungen und den Verschleppungen wusste, die diesem Regime anzulasten sind. Anfangs wurde Zorreguieta in der niederländischen Presse als ein politisch irrelevanter Mitläufer

37 Die Republik Indonesien feiert ihr Unabhängigkeitsfest an dem Tag, an dem sie durch Sukarno und Hatta ausgerufen wurde. Dieses Datum, der 16. August 1945, jährte sich 1995 also zum 50. Mal. In diesem Jahr stattete Königin Beatrix Indonesien einen Staatsbesuch ab. Sie kam aber, zum großen Missfallen der Indonesier, erst einige Tage nach dem 16. August an. Der Staatsbesuch missglückte teilweise. Die Niederlande hielten auch 1995 noch am formellen Standpunkt fest, dass die völkerrechtliche Unabhängigkeit Indonesiens erst am 1. Januar 1950 in Kraft trat.

38 Vgl. HOEDEMAN/MEIJER (wie Anm. 7), S. 16–79. Persönliche Gespräche mit engsten Beteiligten haben meinen Einblick in das Thema zwar vergrößert, aber nicht geändert. In meinen Ausführungen folge ich deshalb der Wiedergabe von Hoedeman und Meijer.

betrachtet, aber allmählich nahm die Kritik zu, besonders von Seiten derjenigen, die sich vom Schicksal der Opfer des Regimes betroffen fühlten. Zu ihnen gehörte vor allem der Freundeskreis der »*Dwaze Moeders van de Plaza de Mayo*« (Mütter des Platzes der Mairevolution). Diese fanden es wenig glaubwürdig, dass er von nichts gewusst habe. Niemand wollte Máxima selbst disqualifizieren, aber ihren Vater zur Hochzeit als offiziellen Gast zuzulassen, ging einer zunehmenden Zahl von Niederländern dann doch zu weit.

Dieser Schlussfolgerung neigte auch der Ministerpräsident zu. Die Verlobten und mit ihnen die Königin fanden jedoch, dass man sich über die vorhandenen Bedenken hinweg setzen sollte. Willem-Alexander heiratete schließlich nicht den Schwiegervater. Die Königin konnte noch gerade einer Untersuchung zustimmen, die der Amsterdamer Hochschullehrer und Lateinamerika-Spezialist Michiel Baud bezüglich des Verhaltens von Jorge Zorreguieta durchführen sollte. Eine solche Untersuchung war ja auch schon zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt worden: Der berühmte Historiker Loe de Jong hatte 1965 die Vergangenheit von Claus von Amsberg erforscht. De Jong war damals sehr eindeutig gewesen – das Ergebnis seiner Untersuchung bestand darin, dass der künftige Ehemann von Beatrix eine absolut harmlose Kriegsbiografie hatte.

So dezidiert waren die Schlussfolgerungen Michiel Bauds nicht.<sup>39</sup> Hieb- und stichfeste Beweise in die eine oder die andere Richtung konnte er nicht liefern. Seine Ausführungen machten es allerdings doch schwer vorstellbar, dass Zorreguieta überhaupt nichts gewusst haben sollte. Dies genügte Kok. Die Zustimmung des Parlaments zur Hochzeit des Kronprinzen könne nur erbeten und erteilt werden, wenn Máximas Vater bei der Eheschließung zwischen Willem-Alexander und seiner Tochter nicht anwesend sei. Kok lehnte es ab, weitere Risiken einzugehen. Werde die Ehe unter Missachtung dieser Vorgabe geschlossen, dann ohne parlamentarische Zustimmung und demnach auch unter Verlust der Rechte Willem-Alexanders auf den Thron.

Die von der Angelegenheit am nächsten Betroffenen konnte Baud nicht überzeugen, besonders Willem-Alexander nicht. Es ist die Frage, ob er sich wirklich jemals von der Notwendigkeit der Abwesenheit seiner zukünftigen Schwiegereltern hat überzeugen lassen. Sprach er später nicht davon, dass im Baud-Bericht »auch nur eine Meinung« vertreten werde? Gab es nicht seinen berüchtigten – nach Máxima »ein bisschen dummen« – Hinweis auf einen die Gräueltaten des Regimes verharmlosenden Leserbrief – übrigens von Videla selbst verfasst – an die argentinische Zeitung *La Nación*?

Schließlich fügte sich die Königin dem Beschluss, dass versucht werden solle, Jorge Zorreguieta so weit zu bekommen, dass er bei der Hochzeit fehlen würde. Wer aber sollte in dieser Mission nach Buenos Aires geschickt werden? Schließlich

39 Die Ergebnisse seiner Untersuchung sind nachzuvollziehen in: M. BAUD, *Militair geweld, burgerlijke verantwoordelijkheid. Argentijnse en Nederlandse perspectieven op het militaire bewind in Argentinië (1976 – 1983)*, Den Haag 2001.

fiel der Name des ehemaligen Ministers Max van der Stoel – die Königin nannte diese Wahl »einen Glücksgriff«. Dieser war auch bereit, die Mission zu übernehmen – vor allem deshalb, weil er selbst davon überzeugt war, dass Zorreguieta bei der Trauung nicht zu erscheinen habe. Im Laufe des Februars 2001 gelang es van der Stoel, übrigens mit Hilfe von Máxima selbst, ihre Eltern davon zu überzeugen, dass sie an den Feierlichkeiten nicht teilnehmen sollten.

In all dieser Zeit hatte der Ministerpräsident über die gesamte Operation schweigen müssen: bezüglich seiner Schlussfolgerungen, bezüglich der Mission van der Stoels und bezüglich der Zustimmung durch das Parlament. Das bescherte ihm noch schwierige Stunden in der Zweiten Kammer, weil seine Schweigsamkeit dort mit einigem Misstrauen betrachtet wurde. Es gelang ihm jedoch, das Parlament davon zu überzeugen, dass er Zeit benötige, um die Angelegenheit zu einem guten Ende zu bringen und dass Verschwiegenheit hierzu essenziell notwendig sei.

Bevor van der Stoel mit seiner Mission fertig war, hatte Willem-Alexander bereits am 17. Januar 2001, auf dem Eis des Teiches hinter Huis ten Bosch, um die Hand Máximas angehalten – staatsrechtlich ein bisschen zu voreilig, aber menschlich doch verständlich. Es ging auch nicht holländischer als auf diese Art: auf dem Eis nach einer Runde Schlittschuhlaufen. Die Verlobung konnte am 30. März 2001 bekannt gegeben und die Hochzeit ohne Misstöne am 2. Februar 2002 in Amsterdam vollzogen werden. Kok hatte seine Mission – mit einer breiten Unterstützung in der Zweiten Kammer und in der Bevölkerung – erfüllt. Sein Verhältnis zur Königin hatte unter diesem Vorgang letztlich nicht gelitten, im Gegenteil. Seine Beziehung zum heutigen König hätten schon vorher besser sein können und dies gilt wahrscheinlich auch heute noch. Es steht allerdings fest, dass Willem-Alexander die Professionalität des Sozialdemokraten respektierte.

Die Vorgehensweise Wim Koks wich im Kern nicht von der seiner beiden sozialdemokratischen Vorgänger ab – schon deshalb, weil bei allen dreien ein professioneller Schutz der konstitutionellen Monarchie im Vordergrund stand und nicht die Treue gegenüber dem Haus Oranien. Charakteristisch für ihren Ansatz waren Rationalität und nüchterne Risikovermeidung. Gerade damit erlangten sie alle drei die Unterstützung und das Verständnis von Bevölkerung und Parlament, aber auch die Wertschätzung und den Respekt der (zumindest meisten) Mitglieder der königlichen Familie.

### *Schlussbetrachtung*

Die Beziehungen der Sozialdemokratie zur Monarchie und zur Entourage des Königshauses sind in dieser Betrachtung bei weitem nicht umfassend behandelt worden. Dafür wäre zumindest eine Analyse dessen notwendig, was die Parlamentsfraktionen in beiden Kammern zu diesem Thema im Laufe der Zeit angemerkt haben. Zudem müssten, gründlicher als es hier geschehen ist, die formalen Standpunkte von Parteiführung und Parteikongressen betrachtet werden. Im Vor-

stehenden wurden auch nicht die Beiträge aus den beiden Fraktionen der Partei zur umfassenden Verfassungsreform thematisiert, die 1983 im Gesetzesblatt gelandet ist und die auch eine Änderung der Stellung der Monarchie bedeutete. Und schließlich hat sich der vorliegende Beitrag nicht mit der richtungweisenden gemeinsamen Empfehlung des Liberalen Oud und des Sozialdemokraten Drees zur ministeriellen Verantwortung nicht nur für den unverletzlichen König, sondern auch für die anderen Mitglieder der königlichen Familie (wie die Ehefrau des Königs bzw. den voraussichtlichen Thronfolger) beschäftigt.<sup>40</sup>

Der Beitrag hat sich auf die besondere Rolle des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten im Umgang mit der königlichen Familie konzentriert. Es konnte festgestellt werden, dass dabei immer wieder das gleiche, etwas paradoxe Muster zu erkennen war: Das eines verantwortlichen Amtsträgers, der selbst, sogar wenn er kein Republikaner ist, doch hinsichtlich der Monarchie eine distanzierte Haltung einnimmt, der sich aber gerade dadurch in der Lage zeigt, in für die konstitutionelle Monarchie kritischen Augenblicken adäquat einzugreifen und einen effektiven Schutz zu bieten. Er handelt auch, weil er nicht das Risiko eines riesigen wahlpolitischen Rückschlags infolge des Verdachts eingehen will, er habe »heimlich« die Republik angestrebt. Kein Wunder, dass in den Niederlanden der Witz kursiert, gerade die »republikanischen« Sozialdemokraten hätten sich immer wieder als die Retter der Monarchie in den Niederlanden erwiesen.

Eine große Zuneigung zum Haus Oranien ist also gerade keine Garantie für einen kühlen Kopf, wenn es darauf ankommt. Es gibt auch keine Gewähr dafür, dass das wohlwollende Verhalten von Ministerpräsidenten vom königlichen Haus mit ebensolchen Gefühlen beantwortet wird. Die positive Haltung von Ministerpräsident Dirk de Geer (1870–1960) zu Beginn der deutschen Besatzungszeit schützte ihn nicht vor dem Unmut von Königin Wilhelmina.<sup>41</sup> In jüngerer Zeit verlor der dem Königshaus wohlgesonnene Ministerpräsident Jan Peter Balkenende (CDA, Amtszeit 2002–2010) rasch die Wertschätzung der königlichen Familie. Zuvor haben schon katholische Ministerpräsidenten wie Piet de Jong (Amtszeit 1967–1971) und van Agt wenig bleibende Anerkennung seitens der Mitglieder der königlichen Familie erfahren.<sup>42</sup>

40 Der Text kann auf der Internetseite <http://www.statengeneraaldigitaal.nl/> aufgerufen werden.

41 Vgl. VAN DER KAAIJ (wie Anm. 12), S. 323–355.

42 Ministerpräsident Balkenende (2002–2010) bekam einige Probleme mit dem Königshaus und Staatsrechtsexperten wegen seiner Vorgehensweise bei der geplanten Hochzeit von Prinz Friso und Mabel Wisse Smit. Zudem hatte er schon früher wenig adäquat in Bezug auf die königliche Familie gehandelt. Es ist und bleibt auffällig, dass, im Gegensatz zu den meisten ehemaligen Premierministern nach dem Zweiten Weltkrieg, Männern wie van Agt und de Jong nie der Ehrentitel eines Staatsministers zuerkannt wurde. Das lässt auf Vorbehalte des Königshauses gegenüber einigen Politikern schließen. Auch der ehemalige Ministerpräsident Balkenende ist, ungeachtet seiner achtjährigen Amtszeit als solcher, bisher nicht zum Staatsminister ernannt worden.



Vielleicht ist das der Grund dafür, dass bei der königlichen Familie und ihren engsten Beratern der Standpunkt der *Partij van de Arbeid* hinsichtlich der Monarchie schon seit Jahrzehnten als entscheidend für deren Zukunft betrachtet wird. Die Meinung anderer Parteien ist vielleicht interessant, wird aber nur zur Kenntnis genommen. In dieser Hinsicht wird die PvdA als die am rationalsten argumentierende Partei betrachtet, und gerade das macht ihre Haltung offensichtlich so entscheidend. Auf diese Sichtweise, so viel steht fest, hat das Verhalten der drei sozialdemokratischen Ministerpräsidenten seit 1945 einen essentiellen Einfluss ausgeübt. Die PvdA sollte sich somit ihrer Verantwortung, die sie in den Diskussionen über die niederländische Monarchie trägt, bewusst sein.